

Keine Lösung in Sicht

Streit um Ausbau von Rastatt-Nord geht weiter

Von unserem Redaktionsmitglied
Holger Siebnich

Rastatt/Muggensturm. Der CDU-Bundestagsabgeordnete Kai Whittaker und sein Landtags-Parteikollege Alexander Becker fordern einen „regionalen Schulterchluss“ für den Ausbau der Autobahnanschlussstelle Rastatt-Nord.

Das Regierungspräsidium Karlsruhe (RP) will den Ausbau zum sogenannten Vollkleeblatt ohne Ampeln im Jahr 2025 beginnen. Es droht allerdings ein jahrelanger Rechtsstreit mit der Gemeinde Muggensturm.

Direkt neben der Anschlussstelle führt die K3728 nach Muggensturm. Das Problem: Die Kreisstraße ist dem geplanten Ausbau im Weg. Aus Sicht des RP ist der Bypass verzichtbar. Die Muggenstürmer fürchten allerdings ein innerörtliches

Verkehrschao, sollte die Straße wegfallen. Sie sind bereit, für die Verbindung zu kämpfen. Sollte dieser Kampf vor Gericht ausgefochten werden, könnte sich das Großprojekt um Jahre verzögern.

Zuletzt hatte Ende November ein virtuelles Gipfeltreffen mit Vertretern der beteiligten Behörden und Kommunen stattgefunden. Regierungspräsidentin Sylvia Felder diskutierte dabei mit Landrat Toni Huber, Rastatts Oberbürgermeister Hans Jürgen Pütsch und Muggensturms Bürgermeister Dietmar Späth sowie dessen Amtskollegen Constantin Braun aus Bietigheim und Frank Kiefer aus Ötigheim und der Bürgermeisterstellvertreterin Reinhilde Weisenburger aus Steinmauern. Das Gespräch brachte allerdings keinen Durchbruch.

Die CDU-Abgeordneten schreiben nun: „Es war ein schwieriger politischer Prozess, die Autobahnausfahrt Rastatt-



Streitpunkt: Muggensturm will an der K3728 festhalten. Foto: Holger Siebnich

77

Millionen Euro
kostet der
Ausbau von Rastatt-Nord nach
aktueller Schätzung.

Nord in den Bundesverkehrswegeplan 2030 zu bekommen. Gelungen ist das nur dank eines regionalen Schulterchlusses. Diesen braucht es in den kommenden Monaten mehr denn je, um zügig Baureife zu erlangen.“ Ein Baubeginn im Jahr 2025 sei möglich. Die Kostenschätzung sei seit Erstellung des Bundesverkehrswegeplans von 50 auf rund 77 Millionen Euro angestiegen.

Absehbar ist eine Lösung allerdings nach wie vor nicht. Muggensturms Bürgermeister Späth antwortete auf die Nachfrage unserer Redaktion, ob es zwischenzeitlich zu einem Durchbruch gekommen sei, mit einem einzigen Wort in Großbuchstaben: „NEIN.“